

Einfache Anfrage Antenen-St.Gallen vom 6. Februar 2002
(Wortlaut anschliessend)

Unfälle auf der Staatsstrasse in Gossau

Schriftliche Antwort der Regierung vom 3. April 2002

Reto Antenen-St.Gallen erkundigt sich, ob die Regierung bereit sei zu prüfen, ob auf der St.Gallerstrasse in Gossau Beschränkungen für den Schwerverkehr signalisiert werden könnten.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung bedauert, dass sich in Gossau erneut ein Verkehrsunfall mit tragischem Ausgang ereignet hat. Auch wenn in Gossau statistisch keine Häufung von Unfällen vorliegt, ist doch jedes Verkehrsoffer ein Opfer zu viel. Der Schwerverkehrsanteil in Gossau beträgt im Tagesmittel 6,5 bis 8 Prozent, was ein durchschnittlicher – eher tiefer – Wert ist. In Spitzenzeiten am Morgen früh oder am Abend werden allerdings höhere Werte erreicht. Die Verkehrsprobleme in Gossau sind bekannt; sie müssen in enger Zusammenarbeit zwischen der Stadt Gossau und den zuständigen Stellen des Staates angegangen werden. Von Seiten des Staates sind die Kantonspolizei sowie das Tiefbauamt zuständig, mit der Stadt Gossau nach Lösungen, insbesondere für den Schwerverkehr, zu suchen. Da bauliche Massnahmen kurzfristig nicht realisierbar sind, bleibt zurzeit nur die Prüfung von Verkehrsanordnungen.

Bei der Beurteilung der Verkehrssituation in Gossau gilt es zu beachten, dass die Verbindung Wil–St.Gallen vom Bundesrat als Durchgangsstrasse taxiert ist, die dem Strassenverkehr grundsätzlich offen zu stehen hat. Die Sperrung einer solchen Strasse setzt voraus, dass eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht. Zwar bietet die A1 eine Umfahrungsmöglichkeit für das Zentrum von Gossau. Allerdings bedeutet sie für eine Zufahrt zum Industriegebiet im Osten von Gossau wenigstens vier zusätzliche Kilometer, was – insbesondere seit der Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe – kaum freiwillig in Kauf genommen wird. Die Signalisation anderer Umleitungen hätte zur Folge, dass der Schwerverkehr auf andere, schlechter ausgebaute Strassen verlagert würde. Dies bedeutete für die betroffenen Quartiere und deren Anwohner eine Verschlechterung sowohl hinsichtlich der Immissionen als auch der Verkehrssicherheit.

Vor diesem Hintergrund ist das für den Erlass von Verkehrsanordnungen auf Staatsstrassen zuständige Polizeikommando an der Prüfung von verschiedenen strassenverkehrsrechtlichen Massnahmen (z.B. Verbot für Lastwagen, Neusignalisation auf der Autobahn). Nachdem kleinere Anordnungen wie Radstreifen oder die Zulassungen von Fahrrädern im Gegenverkehr bereits umgesetzt wurden, bedürfen andere Massnahmen umfangreicher Abklärungen, zumal es für die betroffenen Fahrzeuglenkenden um einschneidende Verkehrsbeschränkungen geht. Im Mai 2002 wird das Tiefbauamt die Verkehrsmengen neu erheben, damit aktuelle Zahlen für die Beurteilung weiterer Massnahmen zur Verfügung stehen. In der Folge wird die Stadt Gossau aufgrund der Abklärungsergebnisse entscheiden müssen, ob und welche Verkehrsanordnungen beim Polizeikommando beantragt werden. Im Übrigen steht die Stadt nicht nur mit den zuständigen kantonalen Behörden, sondern auch mit den am meisten Schwerverkehr verursachenden Industriebetrieben im Osten von Gossau in Kontakt und sucht auch auf diesem Weg eine Lösung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die zuständigen Stellen des Staates in engem Zusammenwirken mit der Stadt Gossau an der Prüfung von Massnahmen sind, welche die Verkehrssituation in Gossau nachhaltig verbessern sollen. Im Interesse einer gesamtheitlichen Lösung sind jedoch umfassende Abklärungen nötig; mit einer kurzfristigen Einzelmassnahme kann die Situation nicht befriedigend verbessert werden. Die notwendige Gesamtkonzeption erfordert den Einbezug der Stadt Gossau, der es obliegt, bei den zuständigen Stellen des Staates die zweckmässigen Massnahmen zu beantragen.

3. April 2002

Wortlaut der Einfachen Anfrage 61.02.02

Einfache Anfrage Antenen-St.Gallen: «Unfälle auf der Staatsstrasse in Gossau

In Gossau sind seit 1996 fünf Menschen bei einem Strassenunfall ums Leben gekommen. Davon drei bei einem Lastwagenunfall. Alle Unfälle ereigneten sich auf Kantonsstrassen. In einer Petition vor fünf Jahren haben sich über 2000 Personen für das Ergreifen von Massnahmen gegen die Lastwagenflut ausgesprochen. Kürzlich wurde in Gossau eine Lastwagendemo durchgeführt. Der Kanton als Eigentümer der Kantonsstrasse ist nun besonders gefordert.

Ist der Regierungsrat bereit, zu prüfen, ob auf der St.Gallerstrasse in Gossau Beschränkungen für den Schwerverkehr signalisiert werden können? (Zeitfenster für Lastwagendurchfahrten, Durchfahrverbot mit Zubringerdienst, Beschränkungen aufgrund Art. 20 der eidgenössische Durchgangsstrassenverordnung usw.)

Diese Auflagen sind mit der politischen Gemeinde Gossau zu koordinieren.»

6. Februar 2002